

II-13 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

IX. Gesetzgebungsperiode

15.11.1961

237/J

A n f r a g e

des Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Entschädigung der Inhaber der staatsgarantierten, hypothekarisch sichergestellten Obligationen der durch das Bundesgesetz Nr. 311/1928 verstaatlichten Lokaleisenbahnen.

-.-.-

Die Entschädigung der Besitzer der angeführten Obligationen wurde wiederholt, letztmalig anlässlich der Budgetdebatte am 14. XII. 1960 bei der Gruppe XI-Finanzen, durch den Fragesteller angeregt. Inzwischen hat der österreichische Staat zur Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit im Ausland in der DOSA-Angelegenheit (Donau-Save-Adria-Eisenbahngesellschaft = vorm. Südbahngesellschaft) eine Entschädigungssumme von mindestens 250 - 300 Mill.S angeboten. Zur Klarstellung sei bemerkt, daß sich diese Obligationen fast durchwegs in Schweizer Händen befinden und daß sich die Schweizer Banken zum Anwalt dieser Obligationäre gemacht haben.

Die vom Schutzverband österreichischer Inlandsgläubiger zu gewärtigende Forderung erscheint im Vergleich zu den Werten, die entschädigungslos enteignet wurden, außerordentlich gering. Es würde nicht nur dem Gebote der Gerechtigkeit, sondern auch der Billigkeit entsprechen, wenn diese geringe Entschädigungssumme etwa in Form von kurzfristigen Bundesschuldverschreibungen realisiert werden könnte; wurden doch auch die Obligationäre der Staatseisenbahnen mit dem Gesetz BGBl. Nr. 405/31 für ihre Forderung auf der Basis 100 Goldkronen = 10 (Alt)Schilling entschädigt.

Zudem handelt es sich bei den Privatbahnobligationären überwiegend um alte Leute, die seinerzeit ihre Ersparnisse für den Bau von 18 Privatbahnen und von 3 Wasserkraftwerken hergegeben haben. Aus diesen Erwägungen scheint der österreichische Staat als Rechtsnachfolger der österreichisch-ungarischen Monarchie bzw. die ÖBB als Rechtsnachfolgerin der Privateisenbahnen zumindest moralisch und nicht zuletzt aus Gründen der Wertung der Kreditwürdigkeit verpflichtet, die geringen Entschädigungsansprüche zu erfüllen.

237/J

- 2 -

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, für die Entschädigung der Inhaber der staatsgarantierten, hypothekarisch sichergestellten Obligationen der durch das Bundesgesetz Nr. 311/1928 verstaatlichten Lokaleisenbahnen vorzusorgen?

-.--.-.-